

■ GrenzÜberschreitungen

Susan Zimmermann, GrenzÜberschreitungen. Internationale Netzwerke, Organisationen, Bewegungen und die Politik der globalen Ungleichheit vom 17. bis zum 21. Jahrhundert (Globalgeschichte und Entwicklungspolitik; Bd. 8), Wien (Mandelbaum Verlag) 2010, 272 S., 24,90€

Ein zentrales Charakteristikum der internationalen Geschichte des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts ist die Internationalisierung vormals nationaler Reformanliegen: Themen wie die Menschenrechte, Gesundheits-, Bevölkerungs- oder Umweltpolitik bis hin zur Gleichberechtigung der Geschlechter werden zunehmend auf den Foren internationaler Konferenzen, Organisationen oder Agenturen verhandelt und können auf engmaschige transnationale Netzwerke aus NGOs, Experten- oder Lobbygruppen aufbauen. Besonders das Aufkommen der Menschenrechte als Norm internationaler Politik hat dabei zu einer Erosion nationalstaatlicher Prinzipien geführt; humanitäre Reformanliegen können daher auf eine Reihe von Maßnahmen – von ökonomischen Anreizen oder den Entscheidungen internationaler Gerichte bis zu militärischen Interventionen – zurückgreifen, um ihre Ziele auch gegen nationalstaatliche Widerstände durchzusetzen.

In ihrem Buch *GrenzÜberschreitungen* wirft Susan Zimmermann einen zutiefst skeptischen Blick auf diese »Reforminternationalismen«. Ihre provozierende These ist, dass diese – trotz ihres Anspruches, für benachteiligte, ausgebeutete oder unterdrückte Gruppen einzutreten – oftmals in Aufrechterhaltung oder Entstehung von Verhältnissen internationaler Ungleichheit und Dominanz verwickelt sind. Bei der Begründung dieser Auffassung beschränkt sie sich nicht auf die jüngste Zeitgeschichte, sondern spannt einen weiten Bogen von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart: Neben einem Einleitungs- und Schlusskapitel enthält ihr Buch sechs empirische Einzelstudien zu der internationalen Antisklavereipolitik in der Zeit vom späten 18. bis ins 21. Jahrhundert (Kap. 2), der christlichen Mission von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart (Kap. 3), der internationalen Frauenbewegung und der »Sozialistischen Fraueninternationale« am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert (Kap. 4 und 5), der »Internationalen Arbeitsorganisation« des Völkerbundes der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts (Kap. 6) sowie schließlich zu Bestrebungen der 1990er Jahre, die Geschlechterstudien an postkommunistischen Universitäten Ostmittel- und Osteuropas zu institutionalisieren (Kap. 7).

Zimmermann sieht den Grund für die Verwicklung humanitärer Reformanliegen in strukturelle Ungleichheiten und Dominanzverhältnisse in dem Ansatz, Reformagenden in Form einer »Einpunktpolitik« zu verfolgen. Das bedeutet, dass sich die Vertreter dieser Reformanliegen isoliert auf ein bestimmtes politisches Ziel – die Abschaffung der Sklaverei oder das Frauenwahlrecht – konzentrierten und dabei umfassendere Strukturen politischer oder sozioökonomischer Ungleichheit außer Acht ließen. Bisweilen wurde gar versucht, diese Strukturen für die Reformanliegen zu nutzen. So zeigt Zimmermann, dass die Antisklavereipolitik des 19. Jahrhunderts eng in koloniale Expansionsbestrebungen

nach Afrika eingebunden war. Über diese Bestrebungen kapitalistischer Durchdringung schwiegen sich die Vertreter der Reformpolitik nicht nur aus, sondern legiti­mierten diese sogar als Teil eines Zivilisierungsprozesses.

Ein Beispiel aus einem gänzlich anderen Zusammenhang liefert Zimmermann im Kapitel zur Institutionalisierung von Geschlechterstudien in Forschung und Lehre postkommunistischer Gesellschaften. Während die Geschlechterstudien einmal mit einem umfassenderen gesellschaftskritischen Anspruch angetreten waren, wurden sie in Osteuropa im Rahmen der Förderung durch US-amerikanische Stiftungen sowie des Bologna-Prozesses an staatlichen und privaten Hochschulen institutionalisiert. Sie waren damit Teil einer Konstellation bestehend aus der »liberalen und wettbewerbsorientierten Transformation und EUisierung des höheren Bildungswesens, der zwillingshaften, affirmativen Verknüpfung von Marktwirtschaft und Demokratie sowie dem politischen Bekenntnis zur Relevanz der Geschlechterfrage (als Gleichstellungsfrage) im Bildungswesen«. Auf diese Weise wurden die Geschlechterstudien zwar zum Ausweis von Verwestlichung, so dass ihre Legitimität außer Frage gestellt wurde; gleichzeitig seien sie damit aber auch ihres gesellschaftskritischen Potentials beraubt und »zum Markenzeichen gefügiger Unterordnung unter Interessen der ungleichen (neo-)liberalen Globalisierung degradiert« worden.

Ein drittes Beispiel der Verwicklung von Reforminternationalismen in Strukturen internationaler Ungleichheit stellt die »Innenpolitik« internationaler Organisationen dar. Zimmermann verdeutlicht dies insbesondere an der Entwicklung zweier internationaler Organisationen, die sich im frühen 20. Jahrhundert für das Frauenwahlrecht einsetzten: der »International Council of Women« (ICW) und die »International Woman Suffrage Alliance« (IWSA). Zimmermann zeigt, dass sie Ausdruck eines »na-

tionalen Internationalismus« waren: Zwar war ihre Gründung Teil einer ersten Blütezeit des Internationalismus; gleichzeitig wollten sie das Nationale jedoch nicht grundsätzlich hinter sich lassen, sondern setzten die Existenz von Nationen als Bausteine des Internationalen voraus. Dieser Ansatz wurde in dem Moment problematisch, als ICW und IWSA ihre Aktionen auf Gebiete wie die Vielvölkerreiche Ostmittel- und Osteuropas ausweiteten, in denen es Nationen ohne staatliche Vertretung bzw. Protonationen gab. Vor die Notwendigkeit gestellt, Kriterien für die Mitgliedschaft in diesen Organisationen zu definieren, gründete etwa der ICW eine Kommission, die definieren sollte, was eine Nation ist. Letztlich entschieden sich die Organisationen aus strategischen (IWSA) bzw. grundsätzlichen (ICW) Motiven aber dazu, ihren Einsatz für das Frauenwahlrecht nicht mit der umfassenderen Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts zu verbinden. Dieser »Verzicht darauf, Ungleichheiten zu thematisieren und zu kritisieren, kam«, so Zimmermanns Urteil, »einer Politik der Unterstreichung und Stärkung vorgegebener Macht- und Dominanzstrukturen im internationalen System gleich«.

GrenzÜberschreitungen ist kein leicht zu lesendes Buch: Einleitung und Schlussfolgerungen bündeln die breit gestreuten Einzelstudien zwar zu einem kohärenten Argument. Trotz dieser inhaltlichen Klammer sind z. B. die internationale Rechtsgeschichte christlicher Mission, die Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Frauenbewegung oder die inneren Abläufe der »Internationalen Arbeitsorganisation« komplexe und sehr unterschiedliche Zusammenhänge, in die es sich neu hineinzudenken gilt. Hinzu kommen ein sehr verschachtelter Aufbau der Texte sowie die Praxis, englische Zitate auch dann im Original wiederzugeben, wenn es sich nur um Satzfragmente handelt, die in einem deutschen Satz zitiert werden.

Trotz dieser Schwierigkeiten legt Zimmermann ein überaus lesenswertes Buch vor, von dem wesentliche methodische Impulse insbesondere für eine transnational erweiterte Geschichtswissenschaft ausgehen können. Zu nennen ist hier natürlich zuerst der Fokus auf die Einbettung von Prozessen grenzübergreifender Interaktion in Strukturen von Dominanz und Ungleichheit, in denen Nationalstaaten mit politisch und ökonomisch begründeten Machtinteressen zentrale Akteure sind. Zimmermanns Fähigkeit, internationale Geschichte »gegen den Strich« zu lesen und scheinbar konträre Entwicklungen aufeinander zu beziehen, bewahrt ihre Analyse davor, die Existenz einer Staatenwelt im Stile der neorealistischen Theorie internationaler Politik absolut zu setzen und zu naturalisieren. Dies kommt insbesondere in ihrer Interpretation der internationalen Frauenbewegung als »nationalem Internationalismus« zum Ausdruck: Weil das Internationale nur als Summe territorial begrenzter nationaler Bausteine gedacht wurde, war z. B. für den ICW ein Bewusstsein nationaler Identität Voraussetzung für die Förderung von Internationalismus. Auf diese Weise führte die grenzübergreifende Vernetzung der Frauenbewegung paradoxerweise dazu, dass sich Frauen auch dort national organisierten, wo es noch keine Nationalstaaten gab. Zimmermann nimmt die Frauenbewegung als zwischenstaatliche Nichtregierungsorganisation also ernst, setzt sie aber in Bezug zu der in diesem Zeitraum erfolgenden Strukturierung der Welt in ein System von Nationalstaaten und leistet damit einen Beitrag zur Erklärung der Entstehung dieses Systems und der in ihm vorherrschenden Machtstrukturen.

Nicht zuletzt liegt in einer Lektüre von *GrenzÜberschreitungen* auch ein Ertrag, der über engere Fragen historischer Methodologie hinausweist. Susan Zimmermann vertritt in ihrem Buch offensiv ein Verständnis von Geschichtswissenschaft als gesellschaftskritischer Unternehmung; die am Ende

ihres Buchs skizzierten Strategien einer »kritischen Forschung« sollen »die Position jener stärken, denen internationale »Reform« nur in systematischer Verbindung mit dem nachdrücklichen Abbau globaler und lokaler Ungleichheit ein Anliegen ist«. Über dieses Verständnis geschichts- und sozialwissenschaftlicher Forschung kann man unterschiedlicher Meinung sein. Gleiches gilt für einige von Zimmermanns Urteilen: Ob die IWSA oder die »Internationale Arbeitsorganisation« durch ihren strategisch begründeten, vorübergehenden Verzicht auf die Kritik globaler Ungleichheiten tatsächlich nur dazu beigetragen haben, diese auf Dauer zu stellen, oder ob sie damit nicht doch auch Freiräume für spätere Entwicklungen hin zu mehr Mitbestimmung geschaffen haben, kann durchaus unterschiedlich bewertet werden. Vor allem aber bleibt Zimmermann eine umfassende Gesellschaftstheorie schuldig, die die »Einpunktpolitiken« in einem globalen Reformprojekt zusammenführen. Kaum jemand wird Zimmermanns Buch jedoch lesen können, ohne nachher mit einer gehörigen Portion Skepsis auf die Versuche der Gegenwart zu blicken, politische oder militärische Interventionen im Namen humanitärer Reformanliegen zu rechtfertigen.

ROBERT BRIER (WARSCHAU)